

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenburg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint **Werktag**

mit amtlicher **fremdenliste**

Telephon **Nr. 41**

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsviertel 2,35 M. in Württemberg 2,8 M. portofrei, dazu Postgebühren 30 Pfg. Druck und Verlag der Hofmannschen Buchdruckerei (Zusatz: G. Neuhardt). Für die Redaktion verantwortlich: G. Baum Wildbad.	Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.
--	--



Nr. 122

Dienstag, den 27. Mai 1919

36. Jahrgang.

Erwiderung Brodhorff-Rankaus

Versailles, 26. Mai. Gestern ist dem Präsidenten der alliierten Friedenskonferenz Clemenceau vor der deutschen Friedensabordnung nachfolgende Antwort überreicht worden:

Der Inhalt des Schreibens Clemenceaus vom 20. ds. Mts. über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Folgen des Kriegs hat gezeigt, daß die verbündeten Regierungen den Sinn vollständig mißverstanden haben, in dem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lausning vom 5. November 1918 stillschweigend einverstanden erklärten.

Präsident Wilson hatte zu verschiedenen Malen feierlich erklärt, daß der Weltkrieg nicht mit einem Machtfrieden, sondern mit einem Rechtsfrieden enden solle und daß Amerika nur für dieses Kriegsziel in den Krieg eingetreten ist. In diesem Sinne wurde die Forderung geäußert: Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen. Auf der anderen Seite verlangte aber der Präsident unbedingt die Wiederherstellung des verletzten Rechtszustands. Die positive Seite dieser Forderung fand ihren Ausdruck in den 14 Punkten, die der Präsident in seiner Botschaft vom 8. Jan. 18 niedergelegt hat. Sie verlangt von dem deutschen Volk hauptsächlich zweierlei: 1. Den Verzicht auf wichtige Teile des Reichsgebietes im Westen und Osten unter dem Gesichtspunkt der nationalen Selbstbestimmung. 2. Das Versprechen der Wiederherstellung der besetzten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Auf beide Forderungen konnte sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk einlassen, weil der Grundgedanke der Selbstbestimmung der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands entsprach und die herzugewandten Gebiete von deutscher Seite durch eine völkerrechtswidrige Handlung, nämlich durch die Verletzung der Neutralität Belgiens, mit den Schrecken des Kriegs überzogen worden war. So erschien es für die deutsche Auffassung selbstverständlich, daß die Erfüllung sich nicht auf andere Gebiete beziehen kann, als die, deren Schädigung als rechtswidrig zugegeben war. So hat Präsident Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts an Belgien in seiner Botschaft vom 8. Jan. 18 ausdrücklich als einen heiligen Akt bezeichnet, ohne den die ganze Struktur und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert sein würde. Ebenso hat der englische Premierminister Lloyd George in seiner Rede im Unterhaus am 22. 10. 17 gesagt: Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets die vollkommene politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung einer Kriegsentuschung, wie die, die 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde. Es ist kein Verzicht, die Kosten der Kriegsführungen von dem einen Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen. Was hier für Belgien gesagt wird, mußte Deutschland auch für Nordbrabant anerkennen, da die deutschen Kräfte nur auf dem Wege über die Verletzung der belgischen Neutralität die französischen Gebiete erreicht hatten. Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugeb, nicht aber eine angebliche Schuld an dem Ausbruch des Kriegs oder die äußerliche Schuld am Ausbruch des Kriegs oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war. Die Bedeutung der Note des Staatssekretärs Lausning lag für die deutsche Regierung darin, daß die Entschädigungspflicht nicht auf die Wiederherstellung der Sachwerte beschränkt, sondern auf jeden Schaden ausgedehnt wurde, den die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiete an Person oder Eigentum erlitten hatte, mochte er im Verlauf der Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser oder von der Luft aus herbeigeführt sein.

Das deutsche Volk hat die Einseitigkeit wohl empfunden, die darin lag, daß man ihm die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs auferlegte, während man ihm eine Entschädigung für die Gebiete des deutschen Ostens verweigerte, die von den Durchbruch des russischen Parismus nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan überfallen und vernichtet worden waren. Es hat aber anerkannt, daß der russische Überfall nach formellem Völkerrecht anders zu

behandelt war, als der Einfall in Belgien und deshalb von einer Entschädigung seinerseits Abstand genommen. Wenn nunmehr die alliierten und assoziierten Regierungen die Auffassung vertreten sollten, daß für jede völkerrechtswidrige Handlung, die im Krieg begangen worden ist, Schadenersatz geschuldet wird, so ist die deutsche Abordnung die grundsätzliche Richtigkeit dieses Standpunktes nicht bestritten. Sie macht aber darauf aufmerksam, daß dann auch Deutschland eine erhebliche Schadenersatzrechnung anzustellen hat und daß die Erfüllung dieser Rechnung seinerseits, insbesondere gegenüber der durch die völkerrechtswidrige Hungerblockade unermesslich geschädigten deutschen Zivilbevölkerung sich nicht auf die Zeit beschränken, wo der Krieg noch beiderseits geführt wurde, sondern ganz besonders auch für die Zeit zutreffen, wo es nur noch eine Kriegsführung gegen das freiwillig wehrlos gewordene Deutschland gab. Jedenfalls entspricht die Auffassung der verbündeten Regierungen von der Vereinbarung, die Deutschland vor Abschluß des Waffenstillstands getroffen hatte. Sie läßt eine endlose Reihe von Streitfragen am Horizont der Friedensverhandlungen emporsteigen und könnte zu einer praktischen Lösung nur durch eine unparteiische internationalische Schiedsgerichtsbarkeit gebracht werden, wie sie im Entwurf der Friedensbedingungen vorgesehen ist.

Präsident Wilson hat am 4. Dezember 1917 erklärt, daß der Krieg nicht mit einem Machtfrieden irgendeiner Art beendet werden solle, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden solle, weil die unverantwortlichen Verbrechen des Landes ihrerseits ein jäheres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen hätten. Die deutsche Abordnung beruft sich nicht auf diese und ähnliche Zusagen, um sich irgendwelcher völkerrechtlichen Verpflichtung zu entziehen. Aber sie fühlt sich berechtigt, an sie zu erinnern, wenn man dem deutschen Volk die Verantwortung für den Ausbruch des Kriegs und die Haltbarkeit für alle Kriegsschäden auferlegen will. Noch in den öffentlichen Verhandlungen, kurz vor Abschluß des Waffenstillstands, wurde dem deutschen Volk versprochen, daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Bedeutung erfahren würde, wenn man es von dem seiner Herrscher trenne. Die deutsche Abordnung möchte die Worte Clemenceaus nicht dahin verstehen, daß die Forderung der verbündeten Regierungen damals nur eine Kriegesliste war, um den Widerstand des deutschen Volks zu lähmen und daß die Forderung heute zurückgenommen werden soll.

Schließlich machte Clemenceau geltend, daß die verbündeten Mächte das Recht haben, Deutschland nach den Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden 1871 und beim Frieden von Breslau 1871 seinerseits angewendet habe. Die deutsche Abordnung unterläßt es vorläufig, zu prüfen, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden, denn für die verbündeten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Vorgänge einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten Wilson als Friedensgrundlage anzunehmen oder abzulehnen.

In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechts von 1870/1871 verlangt und von dem Frieden von Breslau-Trowel als einem abschließenden Beispiel gesprochen. Die verbündeten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Das deutsche Volk, das niemals die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Kriegs auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Kriegs als Grundlage der Friedensbedingungen machen. Es kann sich daher nicht mit der Bemerkung abspesen lassen, daß von den verbündeten Regierungen durch eine besondere Kommission in der Frage der Verantwortlichkeit gesammelt Material sei eine „innere Angelegenheit“ dieser Regierungen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Offenheit erörtert werden. Methoden der geheimen Diplomatie sind dabei nicht am Platze.

Rankau über die Annahme des Friedensvertrags.

Zu einer Unterredung des Grafen Brodhorff-Rankau in Versailles mit einem Berichterstatter des „Vorwärts“ antwortete der Minister auf die Frage, wie er die letzten Ausgebungen der Unabhängigen zu Gunsten der Unterzeichnung um jeden Preis beurteile, dahin, er könne die Sehnsucht der arbeitenden Massen nach der Wiederkehr des Friedens nur zu gut begreifen und es werde auch nichts unterlassen, um das Ziel dieser Sehnsucht zu erreichen. Auch sei er nach Versailles mit der festen Absicht gekommen, das, was von dem früheren Vorkriegsstand und Glück des deutschen Volk noch übrig blieb, zu verteidigen und zu retten. Aber auch dieser letzte Rest werde durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet. So frage es sich, ob nicht doch eine Verweigerung der Unterschrift diese Rettung eher zu erreichen sei, als durch eine Unterzeichnung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Die deutschen Bevollmächtigten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse sehr verständigen, wenn sie Bedingungen unterzeichneten, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuteten. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er nicht meinte, daß diese Ausgebungen der Unabhängigen doch Erfolg hätten, antwortete Graf Rankau: Jedenfalls nicht den Erfolg, der mich veranlassen könnte, meinen festen Entschluß aufzugeben, nichts zu unterschreiben, was nach meiner und aller Sachverständigen Überzeugung einer Vernichtung des Volks gleichkäme. — Bezüglich, was er von der Anerkennung Spanns halte, der Friede müsse unterschrieben werden, die kommende Weltrevolution werde ihn zu einem Regen Papier machen, antwortete der Minister: Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß die Zeit der Papierregen endgültig abgeklungen sei und daß ein neues Blattwerk beginnen würde, in dem man nur Untergrößen vollzieht, die von beiden Seiten geachtet sein würden. Diese Hoffnung auf eine Befundung der internationalen Moral habe ich nicht aufgegeben und ich werde auch niemals handeln. Ein bloßer Regen Papier wird meine Unterschrift niemals erhalten.

Konferenz süddeutscher Minister.

Am 17. Mai fand in Stuttgart eine Besprechung von Vertretern der süddeutschen Staaten über das von der Reichsregierung geplante Gesetz zur Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben und über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Es wurde die Notwendigkeit betont, die einzelstaatlichen Gesetzgebungen die Bestimmungen des Gesetzes der in Betracht kommenden Wirtschaftszweige und des Umfangs der erforderlichen fiskalischen Genehmigung und Aufsicht zu erklären. In der Art der Kommunalisierung soll den Gemeinden weitgehende Freiheit gewährt werden. Die Landesbehörden müssen jedoch ihre Aufgabe des Aufsichtswesens zwischen den Gemeinden und der Regelung der Kommunalisierung größerer Wirtschaftszweige durchzuführen in der Lage sein. Zu der Regelung der Kohlenwirtschaft wurde übereinstimmend die Stärkung des Einflusses der Verbraucher in den zentralen Stellen der Kohlenwirtschaft, die Heranziehung des Staatenschuldes und besonderer Landesstellen bei der Festlegung der Kohlenpreise und der Kontrolle der Beförderung gefordert. Die württembergische Regierung wurde mit der Aufstellung der entsprechenden Grundzüge und Abänderungsanträge beauftragt.

Neues vom Tage.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 26. Mai. Reichsminister Erzberger hat durch die Waffenstillstandskommission bei General Radant Widerstand gegen die Ausweisung des Regierungsräsidenten der Palz von Winterheim, und die Forderung des Staatsrechts der 21. Landauer durch den französischen General Gerard als einen Mißbrauch der Gewalt erhoben. Die Unterzeichnung des Hochverrats einer Handvoll Leute durch Gewaltmaßregeln und Bewehrung gegen die Beamten und die Bevölkerung verstoße gegen das Völkerrecht und die guten Sitten.

Rundgebungen.

Berlin, 24. Mai. Die deutschen Technischen Hochschulen sandten gemeinschaftlich an die Reichsregierung eine Erklärung, in der sie ihre Empfindung über die Friedensbedingungen ausdrücken.

Miel, 26. Mai. In allen groeren Städten Schleswig-Holsteins fanden gestern gewaltige Kundgebungen der deutschen Bevolkerung gegen den Gewaltfrieden und für Untrennbarkeit der Provinz statt.

Hannover, 26. Mai. Die deutsch-hannoversche Partei veranstaltete gestern eine große Kundgebung für die Vertreibung Hannovers. In den Versammlungen wurde eine Entschließung gegen den Gewaltfrieden angenommen. Eine andere Entschließung ruft das hannoversche Volk zum Kampf auf für ein freies Hannover im freien Deutschland.

Thorn bleibt deutsch!

Berlin, 26. Mai. Um der Beunruhigung unter der deutschen Bevolkerung Thorns wegen Vordrngung von Wehrkrften entgegenzutreten, erließ der Gouverneur der Festung Thorn eine Kundgebung, in der es heißt: Die Festung Thorn ist gegen alle Angriffe gesichert, sie ist und bleibt fest in deutscher Hand.

Proteststreik.

Berlin, 26. Mai. In einer sozialistischen Kundgebung in Mailand verkündigte Ferrati, wie dem „Vorwrt“ berichtet wird, den 24stndigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

Hindenburg in der Schweiz?

Berlin, 26. Mai. Eine Korrespondenz meldet, Generalfeldmarschall von Hindenburg, der während des ganzen Kriegs nur einmal 14 Tage lang in Urlaub war, wolle zur Erholung einen kurzen Aufenthalt in der Schweiz nehmen, doch begegne die Einreiseerlaubnis aus gewissen Gründen Schwierigkeiten. Nach dem Erholungsaufenthalt werde Hindenburg dauernd in dem ihm von der Stadt Hannover geschenkten Haus Wohnung beziehen.

Einfuhr von Gefrierfleisch.

Berlin, 26. Mai. Aus Duisburg wird der „Vorwrt“ berichtet: Mit der Einfuhr von Gefrierfleisch aus Holland nach Deutschland ist jetzt der Anfang gemacht worden. Täglich werden 250 Tonnen geliefert. Insgesamt sollen 8000 Tonnen verhandelt werden.

Beendeter Eisenbahnerstreik.

Berlin, 26. Mai. Der Streik der ostpreussischen Eisenbahnarbeiter ist nach Verhandlungen beigelegt worden.

Wieder ein Koalitionsministerium in Bayern.

Nürnberg, 26. Mai. Der bayerische sozialdemokratische Landesparteitag stimmte mit 217 gegen 41 Stimmen dem Antrag des Ministeriums Hoffmann auf Bildung eines Koalitionsministeriums zu.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 26. Mai. Die ukrainische Gesandtschaft teilt mit, die Polen üben in Ostgalizien eine blutige Schreckensherrschaft aus. Viele ukrainische Bauern seien erschossen worden, weil sie sich weigerten, sich den Polen anzuschließen.

Berlin, 26. Mai. Peterhof, 21 Kilometer von Petersburg entfernt, soll von einer russischen Freiwilligen-Truppe unter Beteiligung von englischen Schiffen eingenommen worden sein.

London, 26. Mai. Nach Meldungen aus Heligoland hat der fnnische General Mannerheim die Bolschewisten vor Petersburg vollständig geschlagen. Der Fall der Stadt steht bevor.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 26. Mai. (Davos.) Der badische Minister des Außen, Dietrich, und die Sekretäre Wert und Rdiger haben gestern Paris verlassen, um sich nach Aden zu begeben.

Paris, 26. Mai. Clemenceau hat auf die deutschen Noten betr. die deutsche Westgrenze und das Saarbecken geantwortet, daß die Wünsche der Bevolkerung in allen besetzten Gebieten in Berücksichtigung gezogen werden mit Ausnahme von Breitsch-Woersnet, das an Belgien übergeben als Ertrag für die erlittenen Wlschschden. Auf Wunsch Dänemarks (das nur dänische Gebiete will) werden sich die Alliierten auch mit der Angelegenheit Schleswigs befassen. Die Uebergabe von Bergwerksttten statt der Bergwerke selbst wird abgelehnt.

Paris, 26. Mai. Aus den Beratungen des Biererats melden die Blätter, die Anerkennung der Regierung, des Admirals Kolttschak in Omsk könnte nur durch die Regierungen in Paris, London, Washington, Rom und Tokio erfolgen. Lloyd George sei zu kleinen Zugeständnissen an Deutschland bereit gewesen, aber Wilson und Clemenceau haben diese Zugeständnisse abgelehnt. — In der Frage des Saargebietes hat der Biererrat einzelne Änderungen zugelassen. So sollte Deutschland nicht gezwungen sein, die Bergwerke, wenn nach 15 Jahren die Volksabstimmung für Deutschland entscheidet, in Metallgold zurückzulassen, sondern es könnte dies auch durch andere Möglichkeiten tun. (Der Rücklauf in Gold wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen und das Saargebiet wäre dann trotz der Volksabstimmung nach 6 Monaten nach Ablauf der 15jhrigen Besetzung ohne weiteres in französische Besitz übergegangen. D. Str.)

Paris, 26. Mai. Die Blätter melden, Wilson habe im Verlauf der Erörterungen des Biererats über die türkische Frage seine Befrdigung nicht verheimlicht, daß der amerikanische Senat sich dem widersetzen werde, daß die Vereinigten Staaten das Mandat für Konstantinopel, Armenien und Anatolien annehmen. Darauf habe man vorgeschlagen, der Türkei in Europa Konstantinopel und einen schmalen Gebietsstreifen, sowie eine beschränkte Zone in Kleinasien zu belassen und ihre Unabhängigkeit anzuerkennen.

Paris, 26. Mai. Der (halbamtliche) „Temps“ schreibt

die Friedenskonferenz vergende die Zeit und rbeite nutzlos. Es sei Gefahr, daß Frankreich im Orient zu kurz komme; die Konferenz soll sich erklären, ob der französisch-englisch-russische Vertrag von 1916 über die Verteilung von Syrien und Mesopotamien in Kraft bleiben soll.

London, 26. Mai. Englische Blätter drohen, wenn Deutschland den Frieden nicht unterzeichne, so werden deutsche Städte durch Flugzeuge beschossen.

Die „Schuldigen“.

London, 26. Mai. „Daily Mail“ erfährt, die Verbündeten haben die Änderung ihrer Verchlsse über die Aburteilung des Kaisers und anderer Deutschen abgelehnt. Auf der Anklageliste stehen 123 Namen.

Ein deutlicher Wint.

Paris, 26. Mai. Der „Temps“ schreibt, wenn die jüdische Regierung den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wolle, werden die Verbündeten jede andere deutsche Regierung anerkennen, die sich zu einer Unterzeichnung des Friedensvertrags bereit erklärt.

Die Verjährung nach dem Krieg.

Bekanntlich verjähren persönliche Forderungen nach zwei Jahren, gewerbliche Forderungen, außerdem Zinsen, Miet- und Pachtzinsen, Renten, Ausgbeleistungen, Unterhaltsbeiträge, überhaupt alle sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen nach vier Jahren. Seit Ausbruch des Kriegs sind aber diese Verjährungsfristen immer von Jahr zu Jahr verlängert worden. Infolgedessen verjähren die persönlichen Forderungen, die im Jahre 1912 entstanden sind und sonst Ende 1914, also nach zwei Jahren, verjährt wären, erst Ende 1919, und die gewerblichen und anderen Forderungen, die im Jahre 1910 entstanden sind und sonst Ende 1914, also nach vier Jahren, verjährt wären, ebenfalls Ende 1919. Natürlich verjähren auch alle persönlichen Forderungen aus dem Jahre 1913—1917 und alle gewerblichen und sonstigen Forderungen aus den Jahren 1911—1915 erst Ende 1919. Man kann also kurzweg sagen, daß alle Forderungen seit 1912 bzw. 1910 mit dem Schlusse des Jahres 1919 verjähren. Vielleicht ist aber in den letzten Jahren eine Abzählung oder eine Anerkennung seitens des Schuldners erfolgt. Dann läuft die zweijährige bzw. vierjährige Frist unter Umständen erst nach dem Schlusse des Jahres 1919 ab.

Hat z. B. ein Schuldner im Jahre 1918 seine Schuld anerkannt, so läuft die Verjährung, sofern eine persönliche Forderung in Betracht kommt, erst Ende 1920, sofern aber es sich um eine gewerbliche oder ähnliche wiederkehrende Zahlung handelt, erst Ende 1922 ab.

Kann also ein Schuldner unter den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhltnissen nicht zahlen, dann soll man sich wenigstens eine Abzählung machen oder ein Anerkenntnis leisten lassen. Dann ist man, wenn sie jetzt noch erfolgen, sogar bis Ende 1921 bzw. 1923 gegen Verjährung gesichert.

— Fünfzehn-Pfennigstude. Durch Preissteigerungen ist der Satz von 15 Pfennig vielfach Tarifhöhe geworden. Es sind deshalb Wünsche auf Ausprägung eines Fünfzehn-Pfennigstdes geltend gemacht worden. Die Reichsfinanzverwaltung ist aber, wie die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt, nicht geneigt, diesen Wünschen zu entsprechen.

— Zugverkehr an den Festtagen. Wie die württ. Generaldirektion mitteilt, können am Himmelstagsfest und an den beiden Pfingsttagen keine Sonderzüge eingelegt werden. Die Verwaltung behält sich vor, bei großem Andrang den Fahrkartenvorverkauf einzustellen und einzelne Stationen zu schließen.

— Vorsicht beim Selbsteinhalt. In Berlin ereignete sich täglicher Vorfall. Ein Herr geht mit seiner Braut spazieren, der Wind jagt einen Funken von seiner Zigarette weg und pltztlich steht die Braut in Flammen. Nach wenigen Stunden war das Mädchen tot. Das Kleid aus silbergrauem Seidenstoff war die Ursache der Verbrennung. Ein Kriminalbeamter begab sich zur Schneiderin von der das Kleid stammte. Sie hatte noch mehrere aus demselben Stoff angefertigt und wollte eines für sich behalten. Der Beamte überzeugte sich von der Gefährlichkeit der Seide, indem er ein Stück davon mit einem Funken in Befhrung brachte. Wahrscheinlich ist es Munitionsfeld, in denen in die Hände gefallen und durch Schteler weiterverkauft wurde.

— Der Markkurs ist in der Schweiz wieder auf 36 Rappen (29 Fig.) gesunken.

— Gegen den unerlaubten Handel mit Kartoffeln, der in letzter Zeit namentlich nach auerwrttembergischen Orten stark zugenommen hat, sind verschrftete Maßnahmen getroffen worden.

— Ausverkaufsverbot. Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums ist die Anklndigung und die Abhaltung von Ausverkufen jeder Art (insbesondere auch von sogenannten Meist-, Weifen-, Propagandaabenden), sowie die Anklndigung von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen oder zu Inventarpreisen wieder verboten. Den Ortspolizeibehörden ist die Befugnis verliehen, in besonderen Fllen Ausnahmen zuzulassen.

— Bierpreiserhhung. Das Reichsernährungsministerium hat die Höchstpreise für Bier (ab Brauerei), einschließlich Biersteuer, auf 39 Mark für das Hektoliter erhöht. Für Orte mit besonders hohen Herstellungskosten ist die Festsetzung höherer Preise vorgeesehen.

— Regen. In den südlichen Bezirken Oberschwabens brachte ein Gewitter am Freitag Abend den ersehnten Regen.

— Frodenner und heißer Sommer in Sicht? Nach der Berechnung der Wetterkundigen rechnet man in diesen Kreisen mit einem sehr beschränkten und heißen Sommer. Auch die Botaniker und Forstleute neigen der gleichen Ansicht zu, da sie die alte oft erprobte Bauernregel gelten lassen wollen: „Blht die Esche vor der Esche, ht der Sommer große Weiche.“ Der Laub- und Blttenausbruch bei den Eschen, und zwar nicht nur bei den Wintereichen, sondern ebenso bei den Sommerweiden, ist diesjährig ganz besonders spät erfolgt. Die Eschen blhen in guten sonnigen Tagen schon längst, ehe die Eschen überhaupt ihre Blttknospen zu sprengen

vermöchten. Die gleiche Erfahrung hat man im Jahre 1911 gemacht.

— Die angekündigte Vergnügungssteuer würde als abgabepflichtig jede Veranstaltung umfassen, die zur Unterhaltung und Belustigung dient, wie Veranstaltungen in Theatern, Varietees, Zirkussen, Tingeltangeln, Kabarets und Minos, Puppenbhnen, Schauspielen und Anzeigen von Spielen auf Rummelpltzen und Jahrmärkten, alle Konzerte und Musiken, Vorträge, Vorlesungen und Deklamationen, sportlichen Veranstaltungen mit Eintrittsgeld, Tanzbelustigungen, Karnevalsfeiern, Kostnnefeiern, Ausstellungen (mit Ausnahme der Museen), Schauspielen und Wohlttigkeitveranstaltungen (auch in Privatwohnungen), Sehenswürdigkeiten, Tiergärten, Palmengrten usw. und Darbietungen bei Hochzeiten in Gasthäusern usw. Die Steuer wird als Karten- oder Pauschalsteuer erhoben. Die Pauschalsteuer ist nach Zahl der Plätze und dem Flächenraum zu erheben, die Kartensteuer für jede ausgegebene Eintrittskarte, auf 25 Fig. etwa 2 Fig., auf 1 Mk.: 20 Fig., auf 5 Mk.: 80 Fig., auf 10 Mk.: 230 Fig., auf 15 Mk.: 430 Fig. Freikarten müssen von der Steuerbehörde beglaubigt sein. Von der Steuer befreit sind nur Aufführungen und Musikdarbietungen bei mnnerlichen oder kirchlichen Veranstaltungen, bei Begräbnissen, Trauerfeiern und an vaterländischen Gedenktagen, ferner Veranstaltungen, die dem Unterricht in öffentlichen oder erteilten privaten Unterrichtsanstalten dienen, und in politischen Versammlungen. Von dem Ertrag der Steuer erhält das Reich die Hälfte. Die Landesregierung trifft Bestimmungen über die Verwendung des anderen Teils.

Keine schweizerischen Wollwarenvorrte.

Zu der Nachricht des Berner „Bund“, daß in der Schweiz große Mengen von Wolle aufgetapelt seien, welche noch zu verhältnismäßigen Preisen angekauft wären, berichtet die „Zeit.“, daß diese Nachricht von beteiligter Seite als vollständig unrichtig bezeichnet wird. Die schweizerische Wollindustrie sei bisher von Rohstoffen vollständig entlst und gezwungen gewesen, auf den unlängst eröffneten Londoner Kolonialwollversteigerungen ihren Bedarf zu hohen Preisen einzudecken.

— Beamtenzulagen. Die viel beanstandete Vorlage über Gehalts- und Wohnungszulage an Beamte ist von der Regierung zurückgezogen und eine neue Vorlage eingebracht worden, die in ein richtigeres Verhältnis zu den Tarifverträgen der Staatsarbeiter gebracht ist. Die neue Vorlage sieht einen Aufwand von 22,4 Mill. Mark vor gegen 13,8 Mill. des zurückgezogenen Entwurfs.

— Die deutschen Kriegsgefangenen. Das Auswärtige Amt teilt mit: England hat sich bereit erklärt, die deutschen Kriegsgefangenen in England, soweit sie es wünschen, nach Maßgabe des verfügbaren Schiffsraums in die Heimat zu befördern. Auch hat England die Heimkehr der deutschen Zivilpersonen aus den britischen Besetzungen ins Auge gefaßt, sobald der notige Schiffsraum zur Verfügung steht. Belgien, England und Frankreich haben ferner die Heimkehr der schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen zugestanden. Für die Besserung der Lage der Kriegsgefangenen ist die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene energisch zu wirken bemüht.

— Wiederzahlbarmachung ruhender Rententeile. Militrrentenempfnger, deren Rente während der Heranziehung zum aktiven Militärdienst ganz oder teilweise ruhte, haben nach der Entlassung wieder Anspruch auf den Bezug der vollen Rente. Die Zahlbarmachung erfolgt von Amts wegen. Soweit jedoch in Einzelfällen die Entlassung bereits längere Zeit zurückliegt, ohne daß der Rentenempfänger in den Genuss der vollen Rente getreten wäre (z. B. wegen Wohnungsverweigerung), wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage der Entlassungspapiere und des Militrpassies mit einem entsprechenden Antrag an das zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) zu wenden.

— Aus dem Parteileben. Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei Württembergs wird bis auf weiteres verschoben.

— Fleischhchstpreise. Nach einer Befugung der Fleischverordnungsstelle darf der Höchstpreis für 1 Pfund frisches Fleisch mit eingewachsenen Knochen bei der Abgabe an den Verbraucher im Durchschnitt nicht übersteigen: 1) bei Rindfleisch in Stuttgart 2,60 Mk., in den übrigen Gemeinden 2,55—2,60 Mk.; 2) bei Kalbfleisch in Stuttgart 2,50 Mk., in den übrigen Gemeinden 2,35—2,50 Mk.

— Nichtpreise für Bienehonig. Honig wird in so geringer Menge erzeugt, daß er für die allgemeine Ernährung nicht wesentlich in Betracht kommt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß teils von den Erzeugern, teils beim Weiterverkauf von Honig die geltenden Höchstpreise wesentlich überschritten wurden, ohne daß mit Erfolg dagegen Maßnahmen getroffen werden konnten. Die Verordnung über die Höchstpreise ist daher aufgehoben worden. Für Lazarette und Kranke werden, wie in früheren Jahren, von den einzelnen Landesregierungen Honigmengen vertraglich bei der Zuzufuhr von Zucker zur Bienezucht sichergestellt werden. Der Uebernahmepreis für die so sichergestellte Honigmengen wird durchweg dem Butterpreis entsprechend bestimmt werden. Gleiche Preise können als Nichtpreise für den im freien Verkehr abgesetzten Honig angesehen werden.

— Keine Kopfstngigkeit! Wie Gerüchte schweifen durch die Luft: die Franzosen kommen! Und nicht wenige Leute rennen auf die Sparkassen und wollen ihre Guthaben zurückziehen. Aber die Franzosen sind noch nicht da, und wenn sie kommen sollten, so ist das Geld auf der Sparkasse immer noch besser aufgehoben, als im Hause. Darum soll man die Gerüchte ruhig lassen, wo sie sind, sonst gibt es nur Vermirrung und Geldschwierigkeiten ohne Zahl.

Vermischtes.

Für Erhaltung christlicher Schulen. Die Unterrichtsammlung zur Erhaltung des christlichen Schulwesens, die in Norddeutschland eingeleitet ist, hat die Höhe von weit über 6 Millionen evangelischer Stimmen erreicht.

Zulassung von Frauen zum Studium der Landwirtschaft. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat genehmigt, daß Frauen, die sich dem Studium der Landwirtschaft widmen wollen, auf 4 Semester immatrikuliert und in der philosophischen Fakultät eingetragen werden, wenn sie das Schulzeugnis eines Lehrganges besitzen und in der Landwirtschaft nachweislich wenigstens zwei Jahre lang praktische Arbeit geleistet haben.

Der Weg zum Zusammenbruch. Die Luftverkehrssteuer betrug in Charlottenburg im Jahr 1913 Mk. 134 000, im Jahr 1915 Mk. 231 000, im Jahr 1916 Mk. 288 500, im Jahr 1917 Mk. 430 000, im Jahr 1918 Mk. 935 000.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich vor einem Jahr, in der Nacht zum 25. Mai, in Sütö, bad. Amts Waldkirch im Breisgau, ereignet. Aus militärischen Gründen hat man damals nicht viel erfahren. Wie jetzt bekannt wird, reiste ein Güterzug von 20 Waggons, die mit geladenen Granatminen schwersten Kalibers beladen waren, die Schwarzwaldbahn abwärts. Aus der Station Hornberg hatte man bemerkt, daß ein Waggon in der Mitte des Zuges in Brand geraten war und man war nun bemüht, so schnell wie möglich mit dem gefährlichen Zuge aus der Nähe der Stadt zu kommen. Beim Dorf Gutsch mußte der Zug anhalten, man löste die Hälfte ab und brachte ihn in Sicherheit. Man explodierte die brennenden Waggons dieser entzündeten den Nachbarn, und im Laufe der Nacht, flogen die feinen gebildeten Waggons in die Luft. Der in der Nähe liegende Jockelshausen geriet in Brand und wurde vollständig vom Feuer zerstört. Die Bewohner konnten nur das Vieh retten. Das Dorf Gutsch wurde während mehrerer Stunden in der Nacht von einem Granatplitterregen ohnegleichen überzogen. Aus Offenburg und Wilingen ließ man militärische Hilfe herbeiführen, die die Abwehrmaßnahmen durchführte. Menschen kamen nicht zu Schaden, auch an den Häusern wurde kein nennenswerter Schaden angerichtet.

Explosion. Seit 10 Nacht liegen hinter dem früheren Kampfgebiet zwischen Pfullen und Erenacker ein Munitionslager auf einer Strecke von mehreren Kilometern in der Luft. Die Explosionen dauerten mehrere Stunden. Man berichtet, daß es unter den deutschen Arbeitern mehrere Opfer gegeben hat. Weitere Explosionen ereigneten sich in den Munitionslagern von Quatrefoin. Der Zugverkehr auf der Linie Gent-Brüssel ist unterbrochen.

Kapitalflucht. Nach dem Berliner Lokalanzeiger liegen der Berliner Steuerverwaltung über 10 000 Anzeigen über die Abwanderung des Kapitals in das Ausland vor. Die Schweiz erhebt in diesem Geld; die dortigen Banken wissen tatsächlich nicht mehr, wohin sie damit sollen. Für alle diese Ausfälle wird der kleine Mann letzten Endes haften sein. Er hat nicht die Gelegenheit der Steuerbehörde gegenüber, um die Kriegsgewinnler und auch die Suppe auszulöffeln, während jene sich ins Süßliche lachen, wenn man das genannte Blatt dazu.

Butter im Ueberfluß. Dänemark hat im Augenblick eine Ueberproduktion an Butter. Deutschland kommt als Abnehmer dafür nicht in Frage wegen der finanziellen Schwierigkeiten. England könnte die Butter wohl kaufen, will aber den hohen Preis nicht bezahlen. Norwegen erwirbt billige Butter aus Amerika und Schweden produziert selbst genügend Butter. 100 000 Fässer Butter liegen verpackt und warten.

Fliegerleistung. Aus Turin wird gemeldet: Fliegerlieutenant Braich schlug den Höhenrekord, indem er mit drei Passagieren in eine Höhe von 7157 Metern in 40 Minuten aufstieg.

Opium. Nach der Meldung eines englischen Minenlegers wurde der Flieger Hawker 40 Meilen von der irischen Küste entfernt auf seinem Flugzeug treibend angetroffen und von einem Schiff aufgenommen und gelandet.

Brand. Die Börse in Bilbao (Spanien) wurde durch Brand vollständig vernichtet. Der Schaden beträgt 20 Millionen Franken.

Vulkanausbruch. Wie das Niederl. Korrespondenz-Bureau amtlich aus Niederländisch-Indien meldet, hat am 20. Mai ein Ausbruch des Vulkans Kloer im Bezirk Srenang stattgefunden. 20 Dörfer sind vollständig, jedes Dorf teilweise vom Erdboden verschunden. Im Bezirk Mar sind 11 Dörfer teilweise zerstört. Die Zahl der Toten und Vermissten wird bisher auf 16 000 geschätzt. Die Bewohner sind in großer Zahl flüchtig. In Mar sind bisher 157 Leichen gefunden worden.

ep. Berivelertage. Am Mittwoch nach Pfingsten 11. Juni, wird der Ev. Volksbund für Württemberg zum erstenmal die Vertreter seiner Ortsgruppen — es sind schon 125 mit über 24 000 Mitgliedern — in Stuttgart zu einer Landesversammlung versammeln. Am gleichen Tag wird auch der jährliche Vertretertag des Ev. Presbyteriums in Stuttgart stattfinden. Dabei wird die Frage Verschmelzung von Presbyterband und Volksbund zur Verhandlung kommen.

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Friedensgesellschaft hat an Wilson einen offenen Brief gerichtet, in dem sie ihrer Empörung über die Friedensbedingungen Ausdruck verleiht und um Vermittlung milderer Bedingungen bittet.

Die belgische Grenze ist geschlossen worden. Niemand darf Belgien verlassen. Im Zusammenhang mit dem der deutschen Delegation bewilligten Termin am 29. Mai wurden alle Militärurlaube aufgehoben und eine allgemeine Mobilisierung angeordnet.

Auf einem in Liverpool angekommenen engl. Dampfer sind zwei Todesfälle an Deutlingen festgestellt.

Die Schiffe durchbrachen bei Jaborit, westlich Pleskau, die bolschewistischen Linien und machten viele Gefangene. Die estnischen Truppen stehen jetzt 10 Meilen von Pleskau.

Konzert-Programm

der KUR-KAPELLE WILDBAD
Leitung: Musikdirektor P. Frantz.

Mittwoch, den 28. Mai vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

1. Choral: Morgenglanz der Ewigkeit
 2. Ouvertüre „Die Felsenmühle“
 3. Ballade aus „Aster“
 4. Melodien a. d. Op. „Der Nordstern“
 5. Sisse Mädl'n, Walzer
- nachm. 3 1/2 — 4 1/2 Uhr Anlagen
1. Adlon-Marsch
 2. Ouvertüre „Die Italienerin in Algier“
 3. Es ist Frühlingszeit, Lied
 4. Melodien aus „Der Bettelstudent“
 5. Clubgeister, Walzer

- nachm. 5—6 Uhr Kurplatz
1. Krönungsmarsch aus „Der Prophet“
 2. Ouvertüre „Maritana“
 3. Zwei norweg. Tänze
 4. Melodien aus „Die Jüdin“
 5. Opernball, Walzer

Meyerbeer
Wallace
Raebel
Halvey
Heuberger

Amtl. Fremdenliste.

Verzeichnis der am 22. bis 23. Mai angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Gasth. zur alten Linde.
Guber, Hr. Alois, Expeditur
Sottorn, Hr. Hans, Optm. mit Frau Gem.

Gasth. zum grünen Hof.
Voll, Hr. Elisabeth
Gendmantel, Hr. Kaver mit Schwester

Gasth. zum Hirsgh.
Widmann, Hr. Balthasar, Landwirt mit Frau

Hotel Klump.
von Guza, Frau Elise
Hauswaldt, Frau Helene

Hotel Kühler Brunnen.
Kellner, Hr. Hans, Schulrat, Direktor d. Prov. Erziehungsanstalt
Kellner, Hr. Robert, Bankassessor
Kellner, Hr. Paul
Schumann, Hr. Ferdinand, Krotzfelder

Hotel Maish.
Auerbach, Hr. Robert, Rentier mit Frau Gem.

Hotel Post.
Stein, Hr. Theod., Oberleutnant
Stein, Hr. Leutnant

Sommerberg-Hotel.
Ette, Hr. Fritz, Bankvorsteher mit Frau Gem.
Staudacher, Hr. Otto, Bankvorsteher

In den Privatwohnungen:
Frau Luise Bolt Witwe.

Stall, Hr. Emilie
Grieshaber, Hr. Pauline, Schulrektorin
Wollast, Hr. Helene
Krebehenn, Hr. Brauereibesitzer mit Frau Gem.
Hamm, Frau Margarethe
Weißbrecht, Hr. Gerhard
Zehle, Frau Karu, Bäckerin mit Frau Gem.
Köhler, Frau Johanne mit Schwester Witwe
Karl Kolb, Eugenstr.
Haus Rud.
Witwe Marie Maner.

Karl Kolb, Eugenstr.
Haus Rud.
Witwe Marie Maner.

Caroline Mündinger Witwe.
Karl Kolb, Eugenstr.
Haus Rud.
Witwe Marie Maner.

Karl Kolb, Eugenstr.
Haus Rud.
Witwe Marie Maner.

Caroline Mündinger Witwe.
Karl Kolb, Eugenstr.
Haus Rud.
Witwe Marie Maner.

Verzeichnis der am 24. Mai angemeldeten Fremden.

In den Gasthöfen:

Bad-Hotel.
Kroß, Hr. Gottfried, Rfm. mit Frau Gem.

Gasth. zur alten Linde.
Zopf, Hr. Casparine, Privatier
Gölig, Hr. Max, Rfm.
Frank, Hr. Adolf, Schüler
Frank, Hr. Paul
Bischoff, Hr. Fritz
Bischoff, Hr. Emilie
Zimmer, Hr. Dr. med. Dentist mit Frau Gem.
Mann, Hr. Artur, Rfm. mit Frau Gem.
Mann, Hr. Otto, Rfm. mit Frau Gem.
Steinle, Hr. W.
Hade, Hr. J.
Nähling, Hr. J.
Höle, Hr. Johannes
Eisenbach, Hr. Fritz
Langen d. Hr. Karl
Bogdanowski, Hr. E., Schauspieler
Scherer, Hr. L., Schauspieler

Hotel Concordia.
Wagner, Hr. Otto, Drogist

Gasth. zur Eisenbahn.
Krenacher, Hr. L. Witwe
Kierbach, Hr. Wilhelm mit Fr. Gem.

Hotel gold. Ochsen.
Roch, Hr. L. Pastor mit Fr. Gem.

Gasth. zum grünen Hof.
Mayer, Hr. Emil
Kammfänger, Hr. Friedrich

Hotel Klump.
Klump, Hr. Julius mit Frau Gem.

Hotel Kühler Brunnen.
Krippendorf, Frau Minna
Klein, Hr. Gottlieb, Schneidermeister mit Frau Gem.

Müller, Hr. W., Verbandsbeamter mit Fr. Gem.
Döhr, Hr. Gottlob, Schultheiß
Kallenberg, Hr.
Eberberger, Hr. Hugo, Rfm.
Kraft, Hr. Eugen
Hadt, Hr. Karl
Vorens, Hr. Rfm.

Hotel Post.
Schupp, Hr. Robert, Rfm.
Krippendorf, Frau Minna

Hotel Stolzenfels.
Solbad-Curungen
Gasth. zum Windhof.
Freudenstadt
Auerbach
Stuttgart
San Rauls Brasilien
In den Privatwohnungen:
Christof Gollmer.
Berlach, Frau Rane
Baumann, Frau Margarethe
Zahl der Fremden 1114.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 26. Mai. (Abgelehnter Ruf.) Stadtbaurat A. Wessmann hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Städtebau und Siedelungsweisen an die technische Hochschule Hannover abgelehnt.

(-) Stuttgart, 26. Mai. (Todesfall.) Vor einigen Tagen wurde Rechnungsrat Gänhle, Verwaltung des Katharinenhospitals hier, in einem Ansturz des Schwarzwalds von einem tödlichen Schlaganfall betroffen. Am vergangenen Sonntag ist nun auch sein Vetter, Hofrat und Notar Friedrich Gänhle, einem Schlaganfall erlegen.

(-) Stuttgart, 25. Mai. (Weingärtnerverammlung.) Im Herzog Christoph fanden sich heute 453 Weingärtner aus dem Lande zu der Hauptversammlung des württ. Weinbauvereins ein. Nach dem vom Vereinsvorstand Dehonomierat W. Barth erstatteten Geschäftsbericht wurde im letzten Jahr die Preisbildung der Weine außerordentlich erhöht durch das verspätete Eintreffen der Ländespriestelle und des Kriegswachstums. Dem schönen Ertrag standen gewaltige Ausgaben für Löhne und Widarsartikel gegenüber. Mit seinen Weinertägungen steht Württemberg unter den weinaufliegenden deutschen Staaten an letzter Stelle: Württemberg hat nur 18,7 hl. auf den Hektar geerntet, Bayern 41,5, Baden 33,5, Preußen 32,9, Hessen 31,9 Hektoliter. Im übrigen bildet der Weingärtner mit großen Sorgen in der Zukunft: Die Weine sind gewöhnlich ungenügend aber ist der unheimliche Schuss vor ausländischer Konkurrenz. Das nächste Mai muß sich der Herbstverkehr in glatteren Bahnen bewegen; etwaige geplante Maßnahmen dürfen nicht wie im Vorjahr durch stürzliche Rückgehungen unter Ausschaltung des Landesvereins getroffen werden. Der Verein zählt 3. 31. 1896 Mitglieder. Einnahmen waren es 1729 Mk., Ausgaben 1724 Mk. — Nach den Berichten aus allen Teilen des Landes sind die Reben gut durch den Winter gekommen. Die Antriebe sind schön, wenn auch in manchen Gegenden etwas lückenhaft. Der Frostanfall ist gut. Das Regenjahr ist gegen voriges Jahr etwas zurück. Die Frostschäden haben sich als unbedeutend herausgestellt; aber bei dem verspäteten Eintritt der wärmeren Vegetation konnten die Weinberge nicht rechtzeitig nachgeholt werden. Mit Beginn des Monats entwickelten sich die Weinstöcke zum raschen Antrieb. Im Weinbau zeigen sich leider viele Motten. Im Stuttgarter Tal ist der Traubenantrieb reichlich, aber nicht so gut wie voriges Jahr. Im großen Ganzen haben wir bis jetzt Aussicht auf einen guten Herbst. — Professor Dr. Meißner hielt sodann einen lehrreichen Vortrag über die neuzeitliche Behandlung der Traubenmotten. Professor Meißner gab nützliche Ratschläge für die Schädlingsbekämpfung in diesem Jahr; die Kupferlösung wird es in diesem Jahr nicht mangeln, wohl aber an Kalk, der durch Kalkmilch ersetzt werden muß. Statt der seltenen Alkoholanlage empfiehlt sich Neamagran, mit dem jedoch wegen seiner geringen Bestandteile verständig umzugehen ist. — An Stelle des verabschiedeten Barth, der vom 1. Oktober 1918 an seinen Posten als Vorstand niedersetzte, wurde mit 273 Stimmen Gemeindevater Kramer Stuttgart gewählt. Weinbauinspektor Mächler erhielt 173 Stimmen. Barth wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

(-) Neckargartach, 26. Mai. (Brand.) Am Samstag nachmittag brach vermutlich veranlaßt durch zündende Kinder, in der Scheuer des Mühlebesizers Schuster Feuer aus, wodurch Scheuer und Stallung bis auf den Grund niederbrannten.

(-) Revenbürg, 25. Mai. (In den Ruhestand.) In Revenbürg ist Zandthorn Holzschuh in den Ruhestand getreten.

(-) Schorndorf, 26. Mai. (Jugendbildung.) Am Samstag abend fand in der Rinkenshalle eine Landtagung für Turnen, Sport, Spiel und Volksbildungswesen statt. Gewerbelehrer Schwenzl-Gmüld sprach über lebensrechtliche Fragen, Rechnungsrat Streckenfeld-Schorndorf über heimathliches Wandern, A. Kamm Stuttgart über Schwimmsport und Volksgesundheit, Seminaroberlehrer Bäuerle-Barkung über Volksbildung im Volksschule, Dipl. Ingenieur Metz Stuttgart über den Anteil der Jugend am Aufbau, Friedrich Klump Stuttgart über die Tagemeinschaft deutscher Jugend.

(-) Gerabronn, 25. Mai. (Lebensmüde.) Seit einiger Zeit zeigen sich bei dem Weingärtner Brauch Spuren von Schwermut. In diesem krankhaften Zustand legte er Hand an sich und verlor sich so schwer, daß er vorgestern abend verstarb.

(-) Reute bei Waldsee, 25. Mai. (Der Weisliche als Gemeinderat.) In Anbetracht der vielen Verdienste des Klosters um die Gemeinde wurde Superior Pfaff in den Gemeinderat gewählt; er dürfte wohl der einzige Geistliche des Landes sein, der in das Rathaus eintritt.

(-) Stuttgart, 25. Mai. (Unfall.) In Degetloch ist ein 23jähriger Soldat dadurch erheblich verletzt worden, daß sich seine Pistole in der Tasche entlad und das Gesicht in den linken Unterkiefer rindrang.

(-) Göppingen, 21. Mai. (Abschied.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats hat sich Oberbürgermeister Dr. Rodt, der bekanntlich als Ministerialrat in die Regierung berufen worden ist, von den Mitgliedern des Gemeinderats, sowie den städtischen Beamten verabschiedet. Zum stellvertretenden Stadtvorstand wurde der bisherige Bürgerausschuhobmann Rechtsanwalt Braßler bestellt.

(-) Koenigsfeld, 25. Mai. (Widerstand.) Während der Veranlassung einer Kontrolle in der Reichold'schen Mühle im benachbarten Leidingen wurden der Mühlenkontrollant und der Landjäger von einer Anzahl Bauern überfallen, schwer mißhandelt und aus der Mühle verjagt.

(-) Friedrichshafen, 25. Mai. (Erleichterung des Teuringer Falls.) Die bürgerlichen Kollegen haben einen Beitrag von 3000 Mk. bewilligt für den Bau einer normalspurigen Nebenbahn in das Teuringer Tal, die insamt 1 600 000 Mk. kosten wird.



Wangen, 25. Mai. (Noch ein Kriegsvopfer.) Militärdirektor Ludwig Briem ist nach kurzem Krankenlager in italienischer Gefangenschaft gestorben. Er war vier Jahre Dirigent des „Niederfranzes“ und des katholischen Kirchenchors, rückte 1915 bei den Kaiserjägern ein, wurde Leutnant und geriet am 1. November 1918, am Tage des Waffenstillstands, in Gefangenschaft.

Vom Bauernrat.

Der Württ. Landesbauernrat schreibt uns: Vorige Woche, als der Erlaß über die Kartoffelerfassung in 24 Oberämtern hinausging, leitete der württ. Landesbauernrat sofort die nötigen Schritte ein, um auf der einen Seite das Interesse der Produzenten zu wahren, auf der anderen Seite die notwendige Volksernährung zu unterstützen. Wie wollten 1 Zentner Kartoffel pro Person genügt haben, konnten aber infolge des Kartoffelmangels unsere Wünsche nicht durchsetzen und mußten uns mit 75 Pfund begnügen. Es wird stets Sache des Landesbauernrats sein, die Interessen der Landwirtschaft durchzuführen, ohne die Volksernährung zu gefährden, im Gegenteil ihr zu nützen. Je mehr uns unsere Bauern hierin unterstützen, desto mehr können wir von der Regierung verlangen, daß sie uns auch das nötige Verbandsvermögen bringt und nicht wie bisher auch die Landwirtschaft bei einschlägigen Verordnungen auszusparen. Es dürfte vielleicht auch die städtische Bevölkerung interessieren, daß 3 Zentner holländische Schweinefleisch zum Preis von 120 Mk. pro 100 Kg. zuzüglich 4% Zuschlag, und Schmalzstücke zum Preis von 75 Mk. pro 100 Kg. zuzüglich 4% Zuschlag von der Landesuntermittelstelle Stuttgart zu erhalten ist; und da wunder, man sich, wenn bei solchen Futterpreisen die Festschweine in die Höhe gehen. Wie hoch käme bei der Fütterung eines Kälbers ein Pfund Fleisch und ein Liter Milch? Die Preise für Schweinefleisch verstehen sich ab holländische Brutto.

Baden.

Karlsruhe, 26. Mai. Bei den am Sonntag vorgenommenen Gemeindevahlen wurden folgende Resultate erzielt: Heidelberg: Sozialdemokratie 24, Demokratie 23, Deutsch-Liberale 12, vereinigte bürgerliche Gruppe 13, Zentrum 18, Unabh. Sozialdemokratie 4, freie Interessengruppe 2. Abgestimmt haben 50 Prozent. — Schwetzingen: Unabh. 8, Zentr. 12, Vogl. Bürgervereinigung 10, Dem. 8, Soz. 19, freie Bürgervereinigung 3; abgestimmt haben 60 Prozent. — Bruchsal: Dem. 20, Ztr. 41, Deutsch-Nationale 3, Soziald. 17, Unabh. 3; abgestimmt 60 Prozent. — Durlach: Dem. 12, Soziald. 25, Unabh. 13, Zentr. 8, D.-Nat. 14. — Pforzheim: Unabh. 10, Dem. 12, Soz. 36, D.-Nat. 16, Zentr. 8, Mittelstandspartei 14; abgestimmt 52 Prozent. — Eppingen: Zentr. 19, Soz. 15, Dem. 9, Bürgervereinigung 9, Unabh. 4, D.-Nat. 4; abgestimmt 60 Prozent. — Singen-Holentwiel: Zentr. 23, Dem. 11, Soz. 22, Unabh. 4. — Radolfzell: Zentr. 28, Dem. 17, Soz. 15, Unabh. 0. — Konstanz: Dem. 17, Zentr. 36, Soz. 12, Unabh. 12, D.-Nat. 4, Militärkandidat 3; abgestimmt 62 Prozent. — Bretten: Dem. 18, Soz. 18, D.-Nat. 18, Zentr. 7. — Ellingen: Soz. 9, Bürgerverein. 9, Landwirteverein. 10, Dem. 14, Zentr. 6. — Offenburg: Dem. 15, D.-Nat. 3, Zentr. 40, Soz. 15, Unabh. 10; abgestimmt 55 Prozent. — Vahr: Dem. 25, Soz. 22, Ztr. 16, D.-Nat. 11, Unabh. 10. — Freiburg: Dem. 13, Zentr. 11, Soz. 25, D.-Nat. 5, Hausbesitzervereinigung 8, D. lib. 4; abgestimmt 57 Prozent. — Donaueschingen: Dem. 14, Soz. 24, Ztr. 19, D.-Nat. 3, D. nat. Dem. 23, Soz. 20, Zentr. 18, Unabh. 7, D.-Nat. 4; abgestimmt 65 Prozent.

Pforzheim, 25. Mai. Am Samstag lagen wieder 27 Meldungen von Neuerkrankungen an Typhus vor. Die Epidemie hat nach Mühlacker und einige andere Orte übergriffen. Die Zahl der Todesfälle beträgt hier 300.

Durlach, 26. Mai. Die Arbeiterchaft veranstaltete eine Lebensmittellundabema und zog in ge-

schlossenem Zug vor das Rathaus, wo eine Abordnung beim Bürgermeister Klage führte, daß seit Wochen kein Fleisch mehr verteilt und dafür die fast ungenießbaren Sojabohnen ausgegeben worden seien, ferner daß das für Durlach bestimmte Vieh nach auswärts verschachtet worden sei. Der Bürgermeister sagte strenge Untersuchung zu.

Gernsbach, 26. Mai. Ueber die Fortführung der Murgtalbahn bis Klosterreichenbach hat die Generaldirektion der württ. Staatsbahnen der Generaldirektion der bad. Staatsbahnen mitgeteilt, man könne mit einer Fertigstellung der von Württemberg auszuführenden Arbeiten an der Murgtalbahn von der Landesgrenze bis Klosterreichenbach im Herbst 1921 rechnen. Bis zu dem gleichen Zeitpunkt wolle die württ. Verwaltung auch die ihr zufallenden Arbeiten an der Bahnlinie Bretten-Kirnbach vollenden. Die bad. Eisenbahnverwaltung wird den Bau der von Baden herzustellenden Teile dieser Bahnlinie ebenfalls so betreiben, daß die Fertigstellung auch im Herbst 1921 zu erwarten ist.

Mannheim, 25. Mai. Wie das R. W. Volksblatt mitteilt, ist auch bei der Firma Dörlinger Maschinenfabrik und bei der Schuhfabrik Heintzheimer den christlich organisierten Arbeitern eine kurze Frist gewährt worden, zum sozialdem. Verband überzugehen.

Mannheim, 25. Mai. Die Vorsitzerin des Quisen-Stephanienhauses (Erziehungsanstalt für lath. Mädchen) Oberin Marie Köhler, feierte am Samstag ihr diamantenes Ordensjubiläum.

Heidelberg, 26. Mai. Landtagsabg. Kauffmann behauptete in einer Versammlung des Gewerkschaftsrates, daß die Landwirte der Lieferungsbezirke für die Stadt Heidelberg ihre Produkte nur mangelhaft abliefern. Die Amtsbezirke Vorberg, Engen und Weihenheim z. B. sollten innerhalb 6 Monaten 122.000 Eier liefern, geliefert werden aber nur 3800.

Freiburg, 25. Mai. Das städt. Nachrichtenamt teilt mit, es sei festgestellt, daß die aus Norddeutschland hier weilenden Studenten und Studentinnen den höchsten Aufschlag dazu benützen, zu unehrlichen Schleichhandelspreisen Lebensmittel in der Umgegend anzukaufen. Bei den Staatsbehörden wurden strenge Maßnahmen gegen dieses Handeln der Studenten veranlaßt.

Kell am Hornersbach, 25. Mai. In der vergangenen Woche bezogen die Kapuziner die heilige Wallfahrtskirche, nachdem sie bereits seit Mitte November, als Flüchtlinge aus dem Elbth hier anhielt, waren.

Metzsch bei Schwetzingen, 26. Mai. Jüngelicher Mord war von einem Jagdogg nicht mehr zurückgelehrt. Man fand ihn tot im Waide auf. Es ist noch nicht festgestellt ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt.

Landwirtschaftskammer-Auswahl.

Der Sonderausschuß setzte heute seine Beratungen fort. In Art. 5 des Entwurfs, der die Berechtigung der Landwirte zur Teilnahme an der Wahl regelt, sind verschiedene Anträge gestellt. Ein Antrag Felsmayer (3) will auch diejenigen Landwirte wahlberechtigt erklären, die den Beruf zwar nicht mehr ausüben, aber mindestens 10 Jahre lang ausgeübt haben und einen anderen Beruf nicht ergriffen haben. Gemeint sind dabei die sogenannten Kuchler (Mittelbau). Gegen diesen Antrag wendete sich Minister Baumann mit dem Hinweis darauf, daß in allen anderen Berufsvertretungen die Voraussetzung für das aktive Wahlrecht immer die Ausübung des Berufes sei und keine tieferen Gründe vorhanden seien, bei der Landwirtschaftskammer davon abzuweichen. Den betreffenden Personen sei das passive Wahlrecht in Art. 7 eingeräumt und damit dem berechtigten Wunsch dieser vollumfängliche Genüge geleistet. Der Antrag des Felsmayer wird zu Gunsten eines Antrags Strödel zurückgezogen, wonach das aktive Wahlrecht der Mittelbau an eine 15jährige Berufsausübung geknüpft ist und zugleich eine Ausdehnung in dem gleichen Umfang auch auf die Betriebsleiter in Aussicht ge-

nommen wird. Ein Vertreter der Soz. dem. und der v.u.p. schloßen sich den von der Regierung geltend gemachten Gründen an und sprachen sich gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf nicht mehr den Beruf Ausübende aus.

Ein Antrag Herrmann und Gen. (D.D.P.) will das Wahlrecht der Betriebsleiter ausdehnen, sofern sie auf solchen Grundstücken die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben, wenn das Grundkapital der bewirtschafteten Grundstücke zusammen mindestens 300 Mark (statt 4000 des Entwurfs) beträgt. Der Antrag wird einstimmig angenommen, während der Antrag Strödel und Felsmayer mit 8 (Zentrum und B. u. P.) gegen 11 Stimmen (S.D. und D.D.P.) bei 2 Enthaltungen (Zentr., Herrmann) abgelehnt wurde.

In Art. 8 beantragen Strödel und Gen. statt des „zwanjgsten“ das „einundzwanzigste Lebensjahr als Voraussetzung für das aktive Wahlrecht festzusetzen, ferner Benennung der Person die Voraussetzungen des Art. 5 erfüllen. Endlich soll in Vertretung des Chemanns die Ehefrau wahlberechtigt sein. Von Minister Baumann wurde geltend gemacht, es sei nicht möglich, hier eine andere Bestimmung zu treffen als bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, zumal da es bei den übrigen Voraussetzungen für das Wahlrecht keine entscheidende Rolle spiele, ob man das 20. oder 21. Lebensjahr nehme. Von einem Vertreter der D. demokr. P. wurde besonders betont, daß die Zahl der Wahlberechtigten dadurch wesentlich nicht vermindert wird, weil so weitere Voraussetzungen, Eigentum, Pächter, Betriebsleiter dazu komme und weil es ein Unrecht sei, solche die schon mit 20 Jahren diese Stellung einnehmen und die das entsprechende Vertrauen in solchen Ausnahmefällen genießen, vom Wahlrecht auszuschließen. Mit 15 (Soz. und D.D.P.) gegen 7 Stimmen und 1 Enth. wurde der Antrag Strödel auf Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt. Der 2. Teil des Antrags Strödel, der sich auf die Benennung der Person bezieht, wurde einstimmig, der Teil, welcher die Stellvertretung des Chemanns durch die Frau zuläßt, mit 21 gegen 4 Stimmen der Soz. dem. angenommen.

In Art. 7 liegen 2 gleichlautende Anträge Herrmann (D.D.P.) und Strödel (D.D.L.), vor, das passive Wahlrecht auf das 25. Lebensjahr zu erhöhen. Ein Antrag des Zentrums will die Wahlbarkeit von Vorstandsmitgliedern landwirtschaftlicher Vereinarbeitern oder Genossenschaften erst nach 10jähriger Tätigkeit als solcher zulassen, abweichend davon mit Rücksicht auf die Wahlbarkeit der landwirtschaftlichen Vereinigungen will ein Antrag des D.D.L. eine 6jährige Tätigkeit festsetzen. Der Antrag Strödel Herrmann wird mit 14 gegen 9 Stimmen, der Antrag des Zentrums mit 18 gegen 5 Stimmen abgelehnt, während der Antrag des D.D.L. mit 23 Stimmen angenommen wird.

In Art. 8 hat der D.D.L. einen Antrag gestellt, den Aufschlag so zu lassen: „Ferienunterhalt gilt als Lohn“, während der Regierungsentwurf das Gegenteil o. stimmt. Zur Beantwortung wird ausgearbeitet, daß dadurch auch den Kreislern die ihnen eigenen Lebensberuf in der Landwirtschaft finden, also Eltern und Töchtern, das Wahlrecht zugelassen werde. Demgegenüber führt Minister Baumann aus, daß dadurch das Wahlrecht der Arbeiter illusorisch w. o., auch haben die Arbeiter eine gänzlich andere Stellung als der berufsmäßige Arbeiter und deswegen können sie nicht als Vertreter in die Landwirtschaft als Lohnarbeiter tätigen Personen sein. Wenn der D.D.L. es bezügle auf der einen Seite, daß auch die Arbeiter in der Landwirtschaftskammer eine Vertretung finden, so sei es unverständlich, wenn auf der anderen Seite durch die beantragte Bestimmung dieser Zweck erreicht würde, ein Vertreter der D.D.P. betonte weiterhin noch, daß die Aufgabe doch sei die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu pflegen und das zu erfüllen, könne nicht Sache der Angehörigen sein.

Der Antrag wird mit 15 Nein gegen 6 Ja und 2 Enth. abgelehnt, damit ist der Art. 8 in der Fassung des Entwurfs angenommen.

In Art. 15 beantragte das Zentrum: „Der Vorsitzende, sein Stellvertreter, sowie fünf weitere Mitglieder bilden den Vorstand, soweit es sich um Arbeiterfragen handelt, sind zwei Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter zuzuziehen“. Demgegenüber führt der Entwurf sieben weitere Mitglieder vor, unter denen sich zwei Vertreter der Arbeiter zu befinden haben.

Von Minister Baumann wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, nun abzugeben bei welcher Frage Arbeiterinteressen berührt werden und bei welcher nicht. Bei der Industrie geht man dazu über, die Arbeiter am ganzen Betrieb zu interessieren und dieser Gedanke müsse doch auch bei der Landwirtschaft von ganz besonderem Werte sein. Demzufolge sei der Entwurf viel sozialer als der Antrag des Zentrums. Der landwirtschaftliche Arbeiter habe doch ein großes Interesse an den allgemeinen Fragen der Landwirtschaft und werden deshalb über die Parteifragen hinaus im Sinne der Landwirtschaft zu sein. Diesen Ausführungen schloßen sich ein Vertreter der D.D.P. und der Soz. P. nachdrücklich an.

Dankt wird die Sitzung abgebrochen; nächste Sitzung Freitag, den 27. Mai, ab 4 Uhr.

Bekanntmachung
Durch Erlaß des Oberamts Neuenbürg vom 23. Mai 1919 wurde den Labeninhabern der Stadtgemeinde Wildbad auf Grund des Art. 1 Abs. 1 der Verordnung vom 5. 2. 19 über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken (Reichsges. Bl. S. 176) die Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten und das Offenhalten der Verkaufsstellen je von **vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr** an nachstehenden 10 Sonntagen genehmigt:
am Sonntag, den 25. Mai 1919
1. Juni
8. Juni
15. Juni
22. Juni
29. Juni
6. Juli
13. Juli
20. Juli
27. Juli
An den übrigen Sonntagen sind die Verkaufsstellen geschlossen zu halten.
Wildbad, den 26. Mai 1919.
Stadtschultheißenamt: Böhner.

Frisch eingetroffen:
Schellfische, Cabliau, Schollen, Steinbutt,
bei **Adolf Blumenthal.**

Evang. Junglingsverein Wildbad.
Dienstag abend 8 Uhr (Bereinskafel Realschule)
Vortrag
von **Dialon Th. Ohler,**
„Der Weg zur ewigen Jugend“;
anschließend Besprechung über: „Den Weltaufbau des Fernins.“
Hierzu ist das Erscheinen aller jetzigen und besonders der älteren früheren Mitglieder dringend geboten.
3. Aufruf: Th. Ohler, Dialon.

Fußballverein Wildbad.
Gente Dienstag abend 8 Uhr findet im Lokal Gasth. zur alten Linde eine außerordentliche **Versammlung** statt, betr. Wiedereröffnung der Spieltätigkeit, wozu alle Freunde und Gönner des Sports freundlichst eingeladen sind.
Der Vorstand

Verloren
wurde am 25. ds. auf der Bank am Wildsee, **schwarze Felerine** mit 2 Reiseführer in der linken Tasche. Der ehrliche Finder wird gebeten dieselbe unter Rücknahme der Verbandskosten an **Franz Stöcher, Garnisonkommando, Pforzheim,** lausenden, Belohnung zugesichert.

Wegen Himmelfahrtsfest
besuche ich die Orte
Enzklösterle, Enzthal, Nonnenmiss und Sprollenhaus
schon am nächsten Mittwoch, 28. Mai, nachmittags.
Dr. Schwab.
Sprechstunde: außer Vorm. 10¹/₂—12 Uhr, jetzt auch wieder: Nachm. 3¹/₂—5 Uhr.

Turnverein Wildbad.
Gente abend 8 Uhr **Turnstunde** für aktive Turner.
Der Turnwart.

F. V. W.
Lebensmittel eingetroffen. Verteilung morgen **Mittwoch** nachmittag.
Eine elegante **Tropen-Weilhoie** ist zu verkaufen. [359]
Zu erfragen in der Exped.

Rohrseffel
werden wieder geflochten.
Wild, Greiber, Rohrmachr.

Holstin-Späne
Chemische Reinigung im Hause Besser wie Gallseife!
empfehl
Carl Wilt. Gott.

Gute Bücher und Schreibwaren
Künstler- und Ansichtskarten bei **GESCHW. FLUM** neb. d. „Sonne“.